

Wieder mehr verschmutzte Gewässer

KANTON LUZERN Im vergangenen Jahr gab es im Kanton Luzern 82 registrierte Fälle von Gewässerverschmutzungen. Das sind rund 10 Prozent mehr als 2015.

2016 wurden der Luzerner Polizei insgesamt 82 Gewässerverschmutzungen gemeldet. Diese Zahl liegt über dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 (71), heisst es in einer Medienmitteilung. 33 Fälle sind auf die Landwirtschaft zurückzuführen, 27 davon auf Gülle. Fünf Verschmutzungen wurden durch Baustellenabwasser verursacht, fünf durch Abwässer von Industrie- und Gewerbebetrieben und vier durch andere Ursachen wie zum Beispiel Leitungspülungen. In 16 weiteren Fällen entstanden Verunreinigungen durch die Einleitung von Löschwasser (2), durch Ölunfälle (6) und die Einleitung von Abwasser (8). In 19 Fällen konnte

die Ursache nicht ermittelt werden. Die Zahl der durch Baustellenabwasser verursachten Gewässerverschmutzungen hat gegenüber den beiden Vorjahren leicht abgenommen.

Die Zahl der von der Landwirtschaft verursachten Gewässerverschmutzungen durch Gülle beläuft sich auf 27, wovon zehn Vorfälle ein Fischsterben zur Folge hatten. Diese Zahlen liegen in etwa im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 (29 Gewässerverschmutzungen und neun Fischsterben), jedoch deutlich höher als im Vorjahr. Das regenreiche erste Halbjahr 2016 stellte wegen der andauernden Wassersättigung der Böden eine besondere Herausforderung beim Ausbringen von Gülle dar. Dies dürfte mit ein Grund für die gegenüber dem trockenen Vorjahr höhere Anzahl Vorfälle sein.

Ursache der meisten Gülleunfälle waren unsachgemässes und unbeaufsichtigtes Umpumpen, falsches Stellen von Schiebern und technische Mängel.



Gewässerverschmutzungen können zu Fischsterben führen.
Foto pd

In vier Fällen kam es zu einer Gewässerverschmutzung, weil Gülle bei ungünstiger Witterung ausgetragen wurde: Ist der Boden nass oder kommt es nach dem Gülleausstrag zu grösseren Niederschlägen, wird die Gülle abgeschwemmt oder gelangt via Entwässerung in die Gewässer. Der Luzerner

Bäuerinnen- und Bauernverband werde deshalb zusammen mit der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Iawa) weitere Massnahmen in die Wege leiten, um die Sicherheit beim Umgang mit Gülle zu erhöhen und so die Anzahl Gewässerverschmutzungen zu vermindern, heisst es in der Mitteilung weiter.

Verband fordert Trendwende

Der Fischereiverband Kanton Luzern ist verärgert über die Zunahme der Gewässerverschmutzungen und der Fischsterben im Jahr 2016. «Diese Zahlen sind einfach zu hoch», so Markus Fischer, Präsident des Fischereiverbandes. «Hinter den Zahlen stecken viel zu viele kaputte Gewässer und viel zu viele tote Fische.» Bedenklich sei die Entwicklung. «In den letzten Jahren war eine leichte Tendenz zur Stagnation festzustellen, aber 2016 hat sich die Statistik wieder verschlechtert und liegt über dem Schnitt der letzten Jahre.» Die Ursache für die im Vergleich zu andern Kantonen hohe Zahl an Gülleunfällen liege am sehr hohen Tierbestand im Kanton Luzern. Der Fischereiverband attestiert der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Iawa) und dem Luzerner Bauernverband, dass er das Problem erkannt hat und erwartet weitere griffige Massnahmen. «2017 erwarten wir eine Trendwende.» pd

BRIEF

aus dem Nationalrat



Andrea Gmür-Schönenberger
CVP, Luzern

Am 12. Februar stimmen wir ab: über die Unternehmenssteuerreform III (USR III), den NAF (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds) und die erleichterte Einbürgerung der dritten

Dreimal Ja

Ausländergeneration. Zu allen drei Vorlagen sage ich mit Überzeugung Ja. Ich bitte Sie, unbedingt an die Urne zu gehen und ebenso dreimal Ja zu sagen!

Für unser Land ist es unglaublich wichtig, dass die Unternehmenssteuerreform III angenommen wird. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Die Steuerprivilegien, von denen internationale Konzerne bisher profitieren konnten, werden von der EU und der OECD nicht länger toleriert und gehören zu

Recht abgeschafft. In- und ausländische Unternehmen sollen künftig gleich besteuert werden. Was jetzt auf dem Tisch liegt, ist ein während Jahren ausgearbeiteter Kompromiss. Die Linke hat das Referendum angekündigt, lange bevor die Schlussabstimmung dazu im Parlament stattgefunden hatte und zu einem Zeitpunkt, wo niemand wirklich wusste, wie die Unternehmenssteuerreform im Detail schlussendlich aussehen würde. Es ist jetzt also seitens dieser Parteien wenig glaubwürdig zu behaupten, man hätte eine solche Reform schon unterstützt, wenn eine bessere Lösung vorgelegen hätte...

Eine gute Steuervorlage ist entstanden. Sie erlaubt es, dass jeder Kanton aus dem Bündel der steuerpolitischen Massnahmen (Patentbox, Abzüge auf Forschung und Entwicklung, zinsbereinigte Gewinnsteuer etc.) eine für den jeweiligen Kanton massgeschneiderte Lösung erarbeiten kann. Der notwendige Freiraum ist gewährleistet, die Balance gesichert. Kein Wunder, stehen sämtliche Kantone (ausser Neuenburg) hinter der Reform.

Immer wieder wird behauptet, die USR III müsse schlussendlich vom Mittel-

stand finanziert werden; einmal mehr würden Unternehmen auf Kosten des Mittelstandes entlastet. Solche Behauptungen sind falsch! Die kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (allen voran SP-Regierungsrätin Eva Herzog aus Basel) würden die USR III kaum unterstützen, wenn sie im Gegenzug die Steuern für Familien, Singles oder ältere Menschen erhöhen müssten. Aufgrund eines Ja zur USR III droht in keinem einzigen Kanton eine Steuerfusserhöhung. Im Falle eines Nein kann das anders aussehen.

Im Kanton Luzern präsentiert sich die Situation so: Bereits heute kennt Luzern sehr tiefe Tarife für Unternehmen. Eine weitere Senkung der Gewinnsteuer ist nicht angezeigt. Mit einem Ja zur Unternehmenssteuerreform III wird der Kanton Luzern rund 30 Mio. Franken direkte Bundessteuern zusätzlich vom Bund erhalten. Diese Mittel hat die Regierung bereits eingeplant. Bei einem Nein würden die 30 Mio. fehlen. Die müssten wieder irgendwo gespart werden; ansonsten droht eine Steuererhöhung von einem Steuerzwanzigstel im Kanton.

Abgesehen davon bleibt die Schweiz

mit der USR III ein international attraktiver Standort mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen. Es gilt, 150 000 Arbeitsplätze zu erhalten und Steuereinnahmen in der Höhe von fünf Milliarden Franken zu sichern. Zudem wird der Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz damit gestärkt und unser Wohlstand gesichert. Sagen Sie Ja zur Unternehmenssteuerreform!

Auch von der Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr können wir alle profitieren. Unser Nationalstrassennetz stösst zusehends an die Kapazitätsgrenze. Täglich erleben wir Staus und überfüllte Busse. Hier gilt es, Abhilfe zu schaffen. Mit dem NAF finanzieren wir nachhaltiger Unterhalt, Betrieb und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur; der ÖV wird verbessert, Engpässe werden beseitigt und notwendige Netzergänzungen realisiert. Nicht nur Stadt und Agglo profitieren, auch Land- und Bergregionen werden finanziell entlastet. Wir stärken so das ganze Schweizer Verkehrsnetz. Sagen Sie Ja zum NAF!

Zum Schluss noch ein Wort zur erleichterten Einbürgerung. Für mich

ist sonnenklar, dass junge, integrierte Menschen, deren Eltern und Grosseltern bereits in der Schweiz gelebt und teils die Schule hier absolviert haben, deren Heimat unser Land ist, auf dieselbe Weise eingebürgert werden sollen wie eine Russin, die einen Schweizer geheiratet oder ein Japaner, der eine Schweizerin geheiratet hat. Ich hoffe dann einfach, dass es ihnen dabei nicht gleich ergeht wie einer deutschen Freundin, die sich – nach über zehn Jahren glücklicher Ehe mit einem Luzerner und mittlerweile drei süßen kleinen Töchtern – einbürgern lassen wollte. Eines Tages klingelten unangekündigt zwei Polizisten an der Haustür. Eines der Mädchen ging an die Tür und fragte die beiden Herren in lupenreinem Luzerner Dialekt, was sie denn wünschten? Die Gesetzeshüter wollten prüfen, ob die Zahnbürste des Ehegatten auch wirklich im ehelichen Badezimmer vorzufinden war. Der Test verlief erfolgreich, die Freundin wurde – sogenannten erleichtert – eingebürgert. Emil und die Schweizermacher scheinen auch im 21. Jahrhundert nichts von ihrer Aktualität eingebüsst zu haben. Nichtsdestotrotz gilt auch hier: Sagen Sie Ja zur erleichterten Einbürgerung!

Vogelgrippe: Schutzmassnahmen verlängert

SCHWEIZ/LUZERN In der ganzen Schweiz werden die Schutzmassnahmen gegen das Virus bis am 31. März verlängert. Dadurch soll der Kontakt zwischen Wildvögeln und Hausgeflügel auch weiterhin verhindert werden.

Seit Anfang November wurden rund um verschiedene Schweizer Seen insgesamt 121 Wildvögel positiv auf das Vogelgrippe-Virus vom Subtyp H5N8 getestet. Trotz dieser hohen Fallzahl ist das Hausgeflügel in der Schweiz bislang verschont geblieben. Im Kanton Luzern mussten nur wenige Vögel untersucht werden, bisher alle mit einem negativen Resultat auf Vogelgrippe. Das Virus ist nach heutigen Erkenntnissen nicht auf Menschen übertragbar.

Um den Kontakt zwischen Wildvögeln und Hausgeflügel zu verhindern, wurde die gesamte Schweiz Mitte November als Kontrollgebiet deklariert. Die verordneten Massnahmen waren vorerst bis zum 31. Januar befristet. Weil aus vielen Ländern Europas Vogelgrippe-Fälle gemeldet wurden und nach wie vor werden – auch an Nutzgeflügelbeständen – und wegen der anhaltend tiefen Temperaturen in Nordeuropa

verlängert das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die Schutzmassnahmen gegen die Vogelgrippe bis am 31. März. pd

Neuer Internetauftritt von Palliativ Luzern

KANTON LUZERN Palliativ Luzern hat einen neuen Internetauftritt. Dieser ist noch besser auf die Bedürfnisse schwerkranker Menschen und ihrer Angehörigen ausgerichtet. Die Website www.palliativ-luzern.ch ist auch eine wichtige Plattform für medizinische Fachpersonen. Die umfangreichen Informationen richten sich zudem an die gesamte Luzerner Bevölkerung. Die neue Website präsentiert eine umfassende Übersicht der Palliative-Care-Angebote im Kanton. Mit wenigen Klicks finden Patientinnen und Patienten, Angehörige und Fachpersonen entsprechende Angebote für die Betreuung zu Hause oder in einer Institution. Die Informationen führen zu einer besseren Betreuung schwerkranker und sterbender Menschen und unterstützen auch die lokale Vernetzung und die Realisierung integrierter Versorgungsnetze. pd

161 Lehrpersonen erhalten Diplom

KANTON LUZERN Am Samstag hat die Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern) in feierlichem Rahmen 161 frisch diplomierte Lehrpersonen von ihrem Bachelor- und Masterstudium in die Berufswelt entlassen. 5 Heilpädagoginnen, 2 Kindergarten-Lehrpersonen sowie 72 Lehrkräfte für die Primarstufe und 82 für die Sekundarstufe I haben ihre Fähigkeitszeugnisse entgegengenommen. Hans-Rudolf Schärer, Rektor der PH Luzern, gratulierte den Diplomandinnen und Diplomanden und wünschte ihnen Glück und Erfolg in ihrem zukünftigen beruflichen Wirken. Auch Festredner Johannes Wyss, Präsident des Schweizerischen Vereins für die deutsche Sprache, beglückwünschte die frischgebackenen Lehrerinnen und Lehrer und sagte ihnen: «Sie dürfen mit Recht stolz auf das Erreichte sein.»

Fabienne Reichmuth, Absolventin des Studiengangs Sekundarstufe I, sprach in ihrer Rede von einem lachenden und einem weinenden Auge: «Wir sind alle froh, dass die anstrengenden Zeiten vorbei sind. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir nie mehr mit so vielen interessanten Menschen Tag für Tag Kontakt haben werden.» Sie dankte ihren Mitstudierenden und sprach ih-

ren Kolleginnen und Kollegen Mut zu für die auf sie wartenden Herausforderungen als junge Lehrerinnen und Lehrer. pd

Diplomierte aus dem Lesergebiet. Primarstufe: Muriel Dahinden, Mosen. Céline Kaufmann, Eschenbach. Melanie Lingg, Römerswil. Marina Winiger, Ballwil. Sekundarstufe I: Cyrill Föllmi, Inwil. Ramon Tophinke, Hochdorf.

Gewerbekammer beschliesst Stimmfreigabe

KANTON LUZERN Die Luzerner Gewerbekammer, das wirtschaftspolitische Organ des Kantonalen Gewerbeverbandes (KGL), fasste die Parolen für die am 12. Februar zur Abstimmung gelangenden Vorlagen. Die über 100 Delegierten und Kantonsräte sagten Ja zur Unternehmenssteuerreform III und zum Nationalstrassenfonds. Zu der von Regierung und Parlament beschlossenen Steuerfusserhöhung von 1,6 auf 1,7 Einheiten, über welche bei einem erfolgreichen Referendum der SVP das Luzerner Stimmvolk im Mai abstimmen wird, beschloss die Versammlung Stimmfreigabe. Der Vorstand des KGL hatte die Nein-Parole empfohlen. pd

Parolen der AWG

KANTON LUZERN «Ja zur Unternehmenssteuerreform III, wenn man sich nicht an Details aufhält, sondern sich auf das konzentriert, was wirklich zählt! Deshalb hat die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) die Ja-Parole beschlossen», so eine Mitteilung der AWG. Was wirklich zähle, seien zwei Punkte: Zum einen werde die Schweiz durch das Ausland gezwungen, das Steuersystem zu ändern. Die steuerliche Privilegierung der ausländischen Multis in der Schweiz würde nicht mehr geduldet. Eine Verweigerung sei keine Alternative. Zum anderen gehe es unter dem Strich um Arbeitsplätze. Bei einem Nein seien die Abwanderungsrisiken der mobilen, aber finanzkräftigen Sitzgesellschaften gross. «Wir dürfen nicht leichtfertig die damit verbundenen 150 000 Arbeitsplätze aufs Spiel setzen», sagt Nationalrätin und AWG-Vorstandsmitglied Andrea Gmür. Die AWG ist überzeugt, dass Arbeitsplätze der wichtigste Motor für den Wohlstand sind, so die Mitteilung weiter.

«Mit dem neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) werden Engpässe beseitigt und Staus reduziert. Deshalb sagt die AWG im Interesse des Gewerbes Ja zur Vorlage», so die AWG in ihrer Mitteilung. bi/bs